

3143/J XX.GP

der Abgeordneten Gaugg  
und Kollegen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Atomtransporte durch Kärnten

Die Wirtschaft des Bundeslandes Kärnten ist auf eine positive Entwicklung des Fremdenverkehrs angewiesen. Vor dem Hintergrund rückläufiger Gästezahlen ist es ein Gebot der Stunde, jegliche Gefährdung des Rufes oder des Images Kärntens als eines sicheren und ungefährdeten Urlaubslandes zu unterbinden.

Es ist nicht erst seit den "Castor"-Transporten durch Deutschland hinreichend bekannt, daß Gefahrentransporte mit radioaktivem Material zu negativen Reaktionen in der Öffentlichkeit führen. Solche negativen Reaktionen potentieller Urlaubsgäste wären insbesondere für ein Urlaubsland äußerst schädlich.

Um dem vorzubeugen, muß zum einen im Sinne offener Informationspolitik klargestellt werden, ob es in der Vergangenheit Anlaß zu entsprechender Besorgnis gab und zum anderen wirksam dafür vorgesorgt werden, daß in Zukunft jeder Bedrohung des Urlaubslandes Kärnten durch solche Gefahrentransporte ein Riegel vorgeschoben wird.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres nachstehende

ANFRAGE

1. Entspricht es den Tatsachen, daß auf der Karawankenautobahn radioaktives Material für das slowenische Atomkraftwerk Krsko transportiert wurde?

Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Ausmaß wurden das Land Kärnten und dessen Exekutive über die entsprechenden Transporte informiert?

2. Welche Vorkehrungen planen Sie, damit in Zukunft gefährliche Transporte im radioaktivem Material durch Kärnten dezidiert ausgeschlossen werden können?
3. Durch welche konkreten Maßnahmen wird das Bundesministerium für Inneres darauf hinwirken, daß im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten Schritte zur Befassung der zuständigen Behörden der Europäischen Union mit der Sicherheit des in dem potentiellen Mitgliedstaat Slowenien gelegenen Atomkraftwerk Krsko eingeleitet werden?
4. Welche Schritte planen Sie, um die österreichischen Vorkehrungen zur Verhinderung gefährlicher Transporte mit radioaktivem Material mit der Europäischen Union abzustimmen?
5. Werden Sie Schritte unternehmen, um in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Europäischen Union Aufschluß über die Herkunft jenes radioaktiven Materials zu bekommen, das auf Straßen im Gebiet der EU sowie insbesondere Österreichs in das Atomkraftwerk Krsko transportiert worden ist?  
Wenn nein, liegt der Grund für die Unterlassung solcher Schritte in der Geringschätzung des Wertes von Informationen über die Herkunft des radioaktiven Materials, in mangelndem Interesse der Europäischen Union an diesbezüglicher Aufklärung, oder gibt es dafür einen anderen Grund?